Allerlei Postnachrichten aus Europa.

Hamburgs Wiederaufstieg.

Der wiederauflebende Schiffsverkehr. — Rotterdams Konkurrenz. — Der große Börsenverkehr. — Eine Waren-Treuhandgesellschaft.

Hamburg, Ende Februar. Die schwerste Zeit hat Hamburg, nach menschlichem Ermessen, nunmehr hinter sich. Der stolze Hafen mit seinen riesigen Kaianlagen, der fünf Jahre lang verödet dalag, beginnt sich wieder zusehends mit Schiffen zu bevölkern. Der Dienst nach Nord- und Südamerika, nach Afrika, nach Australien, nach Ostasien und vor allem nach den Plätzen des europäischen Kontinents wird langsam wieder aufgenommen. Die Hamburger Zeitungen sind voll von Schiffsanzeigen. Aber leider sind es nicht deutsche Dampfer die die Verbindung Hamburgs mit der Welt wieder aufnehmen. Die sämtlichen deutschen Schiffe über 1600 Tonnen sind, dem Friedensvertrage gemäß, an die Entente abgeliefert und bereits fortgeschafft worden. Nun soll auch noch die Hälfte der Schiffe mit einem Raumgehalt von 1600 bis 2000 Tonnen der Entente überantwortet werden. Die Hamburger Reedereien fürchten davon einen völligen Zusammenbruch des Schiffsverkehrs und haben sich daher an die Reichsregierung mit dem Ersuchen gewandt, die Gegner von den katastrophalen Folgen zu überzeugen, die eine Auslieferung auch fast des letzten Restes der deutschen Handelsflotte haben würde. Diesem Proteste haben sich alle maßgebenden Körperschaften Hamburgs angeschlossen. Die Organisation der Seeleute weist darauf hin, daß eine weitere Abgabe von Handelsschiffen die Lebensmittelversorgung Deutschlands unmöglich machen und die Unterernährung weiter Volkskreise verewigen würde. Bereits durch die bisherige Abgabe von Schiffen sei die Mehrzahl der deutschen Seeleute erwerbslos geworden. Weitere fünftausend würden der Arbeitslosigkeit und dem Elend preisgegeben, wenn die geforderte Ablieferung aller im Friedensvertrag vorgesehenen Schiffe tatsächlich durchgeführt werde.

Die Schiffe, die in Hamburg ein- und ausfahren, sind fast ausschließlich fremder Nationalität. Die Hamburger Reedereien versuchen sich damit zu helfen, daß sie fremde Dampfer chartern oder sich an den ausländischen Transportunternehmungen beteiligen, um wieder selbst Zugang zur hohen See zu bekommen. Diese gecharterten Schiffe fahren dann mit einer doppelten Flagge, mit der deutschen und jener anderen, die ihrer eigentlichen Heimat entspricht. Wenn man jetzt eine Rundfahrt durch den Hamburger Hafen macht, hat man wieder seine ästhetische Freude an dem starken Rhythmus dieses bewegten Lebens und Treibens. Die flinken Fähr- und Schleppdampfer huschen, qualmend und tutend, an einem vorüber. Große Dampfer gleiten majestätisch vorbei, und das unaufhörlich knatternde Hämmern auf den Hellingen und in den Docks der großen Werften machen zu alledem eine eintönige Begleitmusik. Jeder Hammerschlag singt das ewig neue Lied von der schöpferischen Arbeit.

Der Exporthandel steckt natürlich noch immer erst in seinen Anfängen. Felle, Häute, Baumwolle, Schmieröl und Lebensmittel werden importiert. All das zusammengerechnet aber ergiebt noch nicht viel. Weit umfangreicher ist verhältnismäßig die Ausfuhr. Die ankommenden Schiffe laufen, entladen, nicht mehr leer aus wie in den ersten Monaten nach dem Abschluß des eigentlichen Kriegszustandes. Aber die Hamburger Exporteure klagen bitter über all die Schwierigkeiten, die sich immer von neuem der Ausfuhr in den Weg stellen. Der Warenhunger, vornehmlich in Südamerika, ist groß. Die Nachfrage nach deutschen Fabrikaten steigt von Tag zu Tag. Doch dann, wenn es an den Export der bestellten Ware geht, kommen die Hemmungen. Die Fabrikanten und ihre Verbände halten sich infolge der häufigen Valutaverschiebung und der Preis- und Lohnsteigerungen im Inland nicht an die Kontrakte oder verklausulieren sie von vornherein so sehr, daß der Auslandskunde abgeschreckt wird. Erst allmählich scheint sich bei den deutschen Fabrikanten die Einsicht durchzuringen, wie sehr die Erfüllung einmal eingegangener Verpflichtungen die Voraussetzung für den Wiederaufbau des internationalen Warenverkehrs ist. Auch über den schwerfällig bureaukratischen Apparat der Außenhandelsstellen ist man wenig entzückt und man ist der Ansicht, daß Selbstverwaltungskörper unter Aufsicht eines Reichskommissars der schwierigen wirtschaftlichen Aufgabe viel besser gewachsen sein würden. Jedenfalls habe man mit einer solchen Organisation für den Kaffee- und Teehandel die besten Erfahrungen gemacht.

Eine starke Konkurrenz sieht der Hamburger Handel und Schiffsverkehr in Rotterdam, das seit dem Kriege eine noch weit größere Bedeutung bekommen hat als früher. Man empfindet es daher peinlich, daß diese Konkurrenz von Reichs wegen dadurch noch gefördert wird, daß die letzten Reste der deutschen Kriegsorganisationen in Holland sich noch immer in dem Warenbezug des teuren Weges über Rotterdam bedienen. Weniger besorgt ist man um die Konkurrenz, die Danzig dem Hamburger Hafen bereiten könnte. Einmal glaubt man nicht recht an die ewige Dauer der durch den Versailler Frieden geschaffenen territorialen Verhältnisse, zum anderen, sagt man sich, habe Danzig ganz andere Aufgaben zu erfüllen als Hamburg. Die Kreise der beiden Städte brauchten sich nicht unbedingt konkurrierend zu berühren. Mit dem tschechoslowakischen Staat sind die Verhandlungen über die Warenein- und Ausfuhr über Hamburg so gut wie abgeschlossen. Der tschechische Staat hat ein stattliches Gebäude auf einem der Kais bezogen, und von hier aus wird nun der Warenverkehr zu Schiff auf der Elbe oder auf der Eisenbahn nach Böhmen vor sich gehen.

Das geschäftliche Leben ist in Hamburg wieder überaus lebhaft geworden. Zahlreiche Ausländer haben sich niedergelassen und umfangreiche Grundstücksankäufe vorgenommen. Die Börse, an der, im Gegensatz zu Berlin, ein völlig freier Verkehr stattfindet, ist überfüllt, wie noch nie zuvor. Aber nicht nur das Effektengeschäft blüht. Im Devisenhandel fängt Hamburg Berlin zu überflügeln an, und ganz besonders regt es sich auch an der Metallbörse, wo große Umsätze erzielt werden. Der Zulauf zur Börse ist so groß, daß in einigen Kreisen bereits die Frage aufgeworfen wird, ob man den Börsenverkehr nicht auch, wie in Berlin, an gewisse Zulassungsbedingungen knüpfen soll. Einstweilen scheint man indessen, aus prinzipiellen Gründen, noch davon absehen zu wollen. In diesen Tagen ist eine Reihe großer Privatfirmen zusammengetreten, um eine Warentreuhandgesellschaft zu begründen, die Rohstoff- und Lebensmittelimporte aus dem Auslande auf dem Wege des Kredits und der Verrechnung regulieren will. Es ist beabsichtigt, dem Importeur für die zu liefernden Rohstoffe einen Vorschuß zu gewähren; im übrigen aber sollen die Rohstoffe mit den daraus in Deutschland hergestellten Waren bezahlt und von dieser Treuhandgesellschaft verrechnet werden. Das ist ein verheißungsvoller Anfang für einen rationellen Wiederaufbau des deutschen Auslandsgeschäfts, unabhängig von den Tagesschwankungen der Valuta.

Nach all den trüben Jahren, die mit ihren Begleiterscheinungen des Schieber- und Schleichhandels, wie anderswo, auch in Hamburg eine beträchtliche Vermögensverschiebung zur Folge gehabt haben, beginnt der Hamburger Hanseatengeist, optimistisch in die Zukunft blickend, wieder seine Schwingen kräftig zu regen. Sein Feld ist die Welt, wie es über der Eingangspforte des stolzen Hapag-Gebäudes am Alsterbassin eingemeißelt steht, und diese Welt auf friedlichem Wege wieder zu erobern ist sein heißes Bemühen.

Der deutsch-russische Handel.

Wie die Berliner Volkszeitung erfährt, hat zwischen dem Berliner Vertreter der russischen Regierung, Viktor Kopp, und hervorragenden deutschen Wirtschaftsführern eine private Aussprache über die deutsch-russischen Handelsmöglichkeiten stattgefunden. Von deutscher Seite nahmen an der Besprechung u. a. der Direktor Deutsch von der A. E.-G., Generaldirektor Brückmann und Professor Werner Sombart teil. Kopp forderte von Deutschland Maschinen und technisches Material zur Wiedererrichtung des russischen Transportwesens und bot dafür Bezahlung in Gold und Platin. Kopp gab zu, daß die vorhandenen für Deutschland nötigen Rohstoffe in unerreichbaren Gegenden wie Sibirien, Turkestan und im Südural lägen, deren Abtransport vielleicht erst nach Jahren möglich sei. Die deutschen Teilnehmer an der Aussprache erklärten darauf einstimmig, daß Deutschland maschinell noch nicht einmal die eigenen Schwächen beseitigen, geschweige denn Rußland helfen könne. Gold und Platin seien für Deutschland von sekundärem Interesse. Alles in allem besteht daher infolge der Unerreichbarkeit der benötigten Waren und Rohstoffe vorläufig keine Möglichkeit eines deutsch-russischen Handels.

Messe-Rekord.

Leipzig. Die Zahl der Messebesucher betrug über 120,000, und noch stündlich bringen die überfüllten Züge neue Scharen von Meßbesuchern. An Ausländern sind bis jetzt 24,000, darunter über 1200 Schweizer, über 1500 Holländer und mindestens ebensoviele Skandinavier eingetroffen; außerdem sieht man Russen, Ukrainer, Türken, Polen usw. Auch das uns bis jetzt feindliche Ausland hat es nicht verschmäht, seine Vertreter in stattlicher Anzahl nach Leipzig zu entsenden.

Schon in den Vormittagsstunden des Sonntags, an dem sonst das Geschäft nur zögernd einzusetzen pflegte, hatten die meisten Verkäufer ihre Waren ausverkauft und nahmen Aufträge nur noch freibleibend für Preis- und Lieferungsfrist an. Allerdings muß man hier einflechten, daß viele Messebesucher, um noch die bis heute geltenden billigen Fahrpreise auszunutzen, schon am Donnerstag und Freitag in Leipzig eintrafen und entgegen allem Herkommen schon an diesen Tagen, wenn auch nicht öffentlich Waren absetzten. Und so konnte es geschehen, daß Waren, die vorgestern noch als zu teuer zurückgewiesen wurden, gestern glatt zu vielleicht noch höheren Preisen gekauft wurden. Auch in den außerhalb der Stadt legenden neuerrichteten Messehallen war der Besuch überaus stark. Der Warenhunger ist eben so gewaltig, daß die Einkäufer keine Entfernung scheuen, wenn sie nur irgendwo noch etwas Greifbares wittern.

Besondere Erwähnung verdient noch die gestern stattgefundene Einweihung des Oesterreichhauses in der Heimstraße, des ersten nationalen Meßhauses auf der Messe, die in Gegenwart des österreichischen Staatssekretärs Zerdick aus Wien in feierlicher Weise stattfand.

Höhere Schulen und Kriegsgewinnler.

Essen. Eine lebhafte Beunruhigung hat sich vieler Eltern bemächtigt ob des Plans der städtischen Verwaltung, das Schulgeld für die höheren Schulen von 150 Mark vor dem Kriege auf 600 Mark zu erhöhen. Gerade den mittlern Kreisen, soweit sie nicht Geschäftsleute sind, und den mittlern und höhern Beamten würde dadurch die höhere Schule versperrt, die höhere Bildung würde plutokratisiert und den Kriegsgewinnlern aller Schattierungen vorbehalten werden. Der Plan ist umso bedenklicher, als die Gefahr besteht, daß die westlichen Industriestädte von Essen veranlaßt werden, in derselben Richtung vorzugehen, und dann kämen vielleicht noch manche preußische Städte nach, die jetzt noch nicht den Mut finden, in dem neuen demokratischen Staatswesen die Bildung zu plutokratisieren und dadurch mitzuhelfen, unser Volk auch im geistigen Wettbewerb der Nationen zurückzuwerfen. Der Schulausschuß für die höheren Schulen hat sich gegen die Erhöhung ausgesprochen, hoffentlich werden die Stadtväter in gleichem Sinne entscheiden und Essen vor dem Ruf bewahren, den Anfang mit der Plutokratisierung der Bildung im neuen Deutschlan gemacht zu haben. Wohl muß eine Beschränkung der übergroßen Zahl der Studierenden in Deutschland eintreten, aber das geschieht durch schärfere Auswahl nach den Leistungen und in Ableitung auf Bildungsanstalten, die für das gewerbliche Leben vorbereiten, nicht aber durch die Auslese nach dem Geldbeutel der Eltern!

Gelehrte als Opfer des Bolschewismus

Die dänische Zeitung „Politiken" meldet aus Helsingfors: Der Sekretär der russischen Akademie der Wissenschaften, der sich gegenwärtig in Wiborg aufhält, teilt mit, daß folgende russische Gelehrte — durchweg Professoren an der Petersburger Universität oder an anderen dortigen Hochschulen — von den Bolschewisten getötet worden seien. Der Professor des Staatsrechts Dschakonow, die Professoren für Nationalökonomie Hessen, Hodsky und Rosin, der Geologe Inostranzew, der Botaniker Gobi, der Aegyptologe Wolkow, der Vorsteher der Universitätsbibliothek Kudschachow, der das Nibelungenlied in das Russische übersetzt hat, sowie der Professor der Musik am Konservatorium Petrow.

Eine Riesenstation für drahtlose Telegraphie.

„Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Die schwedische Telegraphenverwaltung hat der Regierung den Plan der Errichtung einer großen Radiostation an der schwedischen Westküste vorgelegt. Die Station wird dem telegraphischen Verkehr mit Amerika dienen und auch als Durchgangsstation für Rußland verwendet werden. Die Station wird ungefähr den gleichen Radius erhalten, wie die deutsche Station in Nauen. Die Masten werden 200 Meter hoch sein.

Der Zwischenfall in Wernitz.

Berlin. Die bisherige Untersuchung im Falle der Erschießung des wildernden Franzosen in Wernitz hat ergeben, daß die Schuld allein auf seiten der französischen Soldaten liegt. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist auf Grund des Materials beauftragt worden, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden und zu verlangen, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden; außerdem wird er ersuchen, daß die Mitglieder der fremden Missionen angewiesen werden, durch ihr Verhalten keinerlei Anlaß zu Reibereien mit der Bevölkerung zu geben.

Talsperren zum Hochwasserschutz.

Koblenz. Hier war unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten der Rheinprovinz eine Besprechung über den Bau von Talsperren zum Hochwasserschutz in den Niederschlagsgebieten der hochwassergefährdeten Nebenflüsse des Rheins. Zu dieser Besprechung hatten die preußischen Minister für Landwirtschaft, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten Kommissare entsandt. Außerdem nahmen Vertreter der bayrischen Regierung der Pfalz und der Regierung in Birkenfeld an der Besprechung teil, da diese an dem für die Nahe und ihrer Nebenflüsse zu schaffenden Hochwasserschutz gleichfalls lebhaft interessiert sind. Es war die einstimmige Ansicht aller Anwesenden, daß nur durch den Bau geeigneter Talsperrensysteme für die Dauer ein wirksamer Hochwasserschutz gewährleistet wird und daß, um die hohen Kosten für den Bau und die Unterhaltung dieser Anlagen decken zu können, das zu schaffende Sperrsystem gleichzeitig zu wirtschaftlichen Zwecken, insbesondere zur Gewinnung elektrischer Kraft auszunutzen sei. Sämtliche in Niederschlagsgebieten dieser Flüsse vorhandenen Industrien legen den allergrößten Wert darauf, mit Rücksicht auf die immer kritischer werdende Kohlenversorgung auf diese Weise die erforderliche Betriebskraft zu erhalten. Die preußische Regierung ließ durch ihre Vertreter erklären, daß sie gewillt sei, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Plan zu fördern, sie wird sofort im Talsperrenbau besonders erfahrene Sachverständige vorerst in das Gebiet der Nahe und der Ahr, die in den letzten Jahren am schwersten unter dem Hochwasser gelitten haben, entsenden, die die Vorarbeiten für den Plan sogleich aufnehmen werden. Die Arbeiten sollen jedoch sobald wie möglich auch auf alle andere hierfür in Frage kommenden Flußgebiete ausgedehnt werden. Die sachlichen Kosten für die Vorarbeiten werden die beteiligten Kreise einschließlich der Provinz übernehmen.

Der Vormarsch des Bolschewismus.

Von Freiherr Alexis von Engelhardt.

Stockholm, 24. Februar. Vor einigen Tagen berichteten wir über die Anbahnung freundlicher Beziehungen zwischen der Moskauer Räteregierung und Litauen. Heute wird schon bekannt, daß der litauische Gesandte in London offiziell den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck gebracht habe, Frieden mit Sowjetrußland zu schließen. Der Boden für solche Erklärungen ist in London besonders günstig, denn es ist kein Geheimnis mehr, daß Lloyd Georges Politik seit Monaten mit Zähigkeit auf den Friedensschluß mit der russischen Räterepublik hinarbeitet. Ein neuer Schritt auf diesem Wege ist die Eingabe des im hohen Grade Lloyd Georges Vertrauen genießenden Generals Gough und seiner Mitarbeiter, in der die sofortige Anerkennung der Räterepublik gefordert wird.

General Gough hat sich in Rußland ordentlich umgesehen. Als Delegierter der englischen Regierung in den Schwarzmeergebieten und Kaukasien, später als Chef der englischen Baltikum-Expedition und Oberbefehlshaber der Ententetruppen in den baltischen Provinzen hat General Gough den Bolschewismus hartnäckig bekämpft. Nach seiner Heimkehr fiel es schon auf, wie enttäuscht und verächtlich sich der General über die russischen Gegenrevolutionäre aussprach, während er sich mit verhaltenem Respekt über die Bolschewiki und ihre Leistungen äußerte. In seinem viel bemerkten Interview im „Manchester Guardian" sagte er, daß sowohl er als sein ganzer Stab in Südrußland bei den Operationen der dortigen gegenrevolutionären russischen Truppen nichts Vernünftiges gesehen hätten. Die weißen Truppenführer seien nicht nur unvermögend zum Handeln, sie könnten nicht einmal Entschlüsse fassen und ihre Inkompetenz sei ihr Hauptmerkmal. Dasselbe Urteil fällte Gough über die Unternehmungen der russischen Nordwestregierung unseligen Andenkens über die Tollheiten, die Selbstüberhebung und Korruption, die dort an der Tagesordnung waren. Vernichtend war sein Urteil über Judenitsch. Den Bolschewiken hingegen räumte Gough Tatkraft, Klugheit und Handlungsvermögen ein. Alle ihre Operationen zeugten nach Goughs Meinung von einem entschlossenen, überlegenen Willen einer starken Zentralregierung. Der englische General kam schließlich zum Schlußsatz, daß das russische Volk die Roten den Weißen vorziehe, weil das Volk wisse, daß seine politische Freiheit unter der Herrschaft der ersteren größer sei als unter der Gewalt der letzteren. Auch was die Bodenfrage betrifft, erwarte das Volk eine günstigere Lösung von den Bolschewiken, und das Gefühl sei allgemein, daß die Sowjetregierung mehr leisten könne als ihre Gegner.

Dieser General, der dem Bolschewismus ungewöhnlich objektiv gegenübersteht und viel Einblick in die Verhältnisse gehabt hat, unterzeichnet nun als erster eine Aufforderung zum Friedensschluß mit Moskau. Mit ihm vereinigen sich die Obersten Marsh und Spencer Smith, der politische Gesandte in Murmansk Lambert, die finanziellen Ratgeber bei der nordrussischen Regierung und britischen Mission Harvey, Spring-Rice und Young. Alles hohe Offiziere und Beamte, denen ein Kriterium über die Lage der Dinge kaum abzusprechen sein dürfte.

In der Eingabe selbst lauten die wichtigsten Sätze: „Ohne einen allgemeinen Frieden können Rußlands Vorräte nicht zugänglich gemacht werden. Bevor der Bürgerkrieg aufhört, können keine Transportmittel für Getreidelieferungen zur Verfügung gestellt werden. Wenn Rußlands Vorräte unerreichbar bleiben und infolgedessen in irgendeinem Lande östlich des Rheins Hungersnot ausbricht, werden sicher Unruhen entstehen und vielleicht auch Schäden, wie sie bei den früheren Phasen des Bolschewismus entstanden. Wenn der Ausbruch schon da ist, kann die Bewegung sich über ihre ursprünglichen Grenzen ausbreiten. Je länger der Frieden aufgeschoben wird, desto sicherer ist es, daß der deutsche Einfluß in Rußland sich wieder aufrichtet und daß die russische Politik sowohl in ökonomischer als in diplomatischer Hinsicht einen uns gegenüber antagonistischen Charakter annimmt."

Sieht man von den obligaten Verweisen auf die „deutsche Gefahr" ab (das wohl mehr Eindruck auf die widerspenstigen Franzosen machen soll), so kann sich niemand der Einsicht verschließen, die aus diesem Memorandum spricht. Daß hinter der Aktion Lloyd George selbst als treibende Kraft steht und weiter im Hintergrunde die Gestalten O'Grady und Litwinows den Vorgang beschatten, ist nicht zu verbergen. Das zögernde Frankreich wird bald isoliert dastehen. Aber auch dort ist die bolschewistische Friedenspropaganda eifrig am Werk, wie auch die positiven ideellen Fortschritte des Bolschewismus in Frankreich nicht zu übersehen sind. Die Wahl Loriots zum Repräsentanten der Seine-Federation auf dem Straßburger Sozialistengreß zeigt, daß in jener seit jeher für Frankreich maßgebenden sozialistischen Organisation des Seine-Departements die bolschewistische Richtung zum Durchbruch kommt. Auf derselben Versammlung votierte die hinter Loriot stehende Mehrheit die unmittelbare Abschaffung des Kapitalismus, des Eigentumsrechts, den Arbeitszwang und die Uebernahme der Gruben und Transportmittel durch die Arbeiter. Als beste Methode, dies zu erreichen, wurde die bewaffnete angegeben, für den Fall, daß die Chancen für ihre Anwendung gut ständen. Vielleicht wird nach diesen Leistungen der Seine-Sozialisten auch in Frankreich ein Verständnis dafür dämmern, daß die Ausbreitung der bolschewistischen Ideen durch eine ungesunde Isolierung Rußlands nicht aufgehalten werden kann.

Der Bolschewismus ist auf dem Vormarsch. Sein riesiges Experimentalfeld abzuschließen, hat sich als eine Unmöglichkeit erwiesen. Mit Waffen konnte er ebensowenig unterdrückt werden. Rußlands ökonomischen Kräfte und Besitztümer hingegen sind ein in der Weltwirtschaft heute mehr als je unentbehrlicher Faktor. So bleibt nichts übrig als das, wofür die deutsche Politik so sehr verdammt wurde, als sie vor zwei Jahren diesen Weg zu beschreiten versuchte: die Wiederaufnahme Rußlands in die europäische Arbeitsgemeinschaft zur Heilung der unabsehbaren Zerstörungen der Weltkatastrophe. Der Bolschewismus selbst als innerrussische Einrichtung ist weniger gefährlich, wenn alle Welt seine Leistungen kontrollieren und zuschauen kann, wie das System ad absurdum führt.

Die Bewachung der Schlösser.

Von Dr. Paul G. Hübner.

Berlin, 1. März. In den letzten Monaten sind die ehemals königlichen Schlösser wiederholt von Dieben und Einbrechern heimgesucht worden. Wie bekannt, haben kürzlich geübte Verbrecher sich sogar den Weg in die Gruft des Mausoleums in Charlottenburg geöffnet und dort die silbernen Kränze der Särge geraubt. Aus Anlaß dieses Falles geben einige Blätter der Rechten der Meinung Ausdruck, die republikanische Regierung nehme es mit der Pflege und Bewachung der Schlösser nicht allzu genau, ja sie habe sogar das Mausoleum als vermeintliche „Wallfahrtsstätte für Monarchisten" geschlossen gehalten und dadurch den Anlaß zu mangelhafter Bewachung gegeben.

Diese Kritik geht fehl. Als im Anfang des vorigen Jahres die Schlösser im allgemeinen wieder geöffnet wurden, blieben die Mausoleen in Potsdam und Charlottenburg geschlossen auf Anregung des Ministers des königlichen Hauses, der — wie sich zeigt, nicht mit Unrecht — Vandalismen an den Grabstätten befürchtete. Die Bewachung blieb dieselbe wie seit Jahrzehnten. Als die vorläufige Verwaltung im Winter 1918 den Kronbesitz übernahm, wurden die alten bewährten Beamten durchweg beibehalten. Dies war nach Lage der Sache offenbar das vernünftigste; denn der hervorragenden Pflichttreue des sorgfältig ausgewählten und vortrefflich geschulten Schloßpersonals ist es zu verdanken, daß trotz der schwierigsten Verhältnisse wirklich schwere Verluste an Kunst- oder Materialwerten nicht eingetreten sind.

Die Aufgabe der Schloßaufseher ist besonders schwierig, da schon die rein mechanische Sicherung der Gebäude oft nur mangelhaft durchgeführt werden kann. Museen sind von vornherein als Gebäude zur Aufbewahrung hoher Werte errichtet und mit ihren wenigen, leicht zu bewachenden Ausgängen gegen die Außenwelt leicht abzuschließen. Die Schlösser aber haben seit der Barockzeit mehr und mehr den Kastellcharakter verloren; namentlich die in Gärten belegenen Lustschlösser des Rokoko öffnen sich gewöhnlich mit zahlreichen Türen zu ebener Erde nach dem Gartenparterre. All' Arten der Sicherung, die man hier einführt, sind sehr kostspielig und behalten ihre Unvollkommenheiten. Bei entlegenen Gebäuden stößt heutzutage überdies schon die Beschaffung der Wohnräume für den Wächter und das Futter für die Wachhunde oft auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Ebenso ist die Beschaffung von Bitrinen oder Drahtgeflechtssicherungen bei dem augenblicklichen Materialmangel nicht möglich. Das einzig wirksame Mittel zum Schutz des Ganzen ist leider, alle kleineren und dem Zugriff besonders ausgesetzten wertvollen Gegenstände, Porzellan, Bronzen usw. vorläufig zu entfernen und an einem einbruchssicheren Ort aufzubewahren. Dies ist im Winter 1918—19 in beinahe allen Schlössern geschehen. Daß es kein dauernder Zustand sein kann, ist selbstverständlich; um die verödeten Räume einigermaßen zu beleben, sind im Laufe des Sommers für die Besichtigung viele Sachen wieder aufgestellt worden. Die Erfahrungen der letzten Zeit, besonders die Vorkommnisse in Charlottenburg, zwingen jedoch dazu, so bedauerlich es ist, alles wieder in Sicherheit zu bringen.

Die königlichen Schlösser und Gärten lagen vor der Revolution in einem „befriedeten Bannkreis". Sie waren als Wohnsitze der Monarchen durch das Empfinden weiter Kreise des Volkes vor Räubereien geschützt. Dieser Schutz ist nicht mehr vorhanden; im Gegenteil, es gibt jetzt Leute, die Vandalismen als legitime Akte der Vergeltung ansehen. Demgegenüber muß und wird sich die Vernunft durchsetzen. Die Schlösser sind zwar Wohnsitze der Könige gewesen; der Wert aber, den sie nie verlieren werden, beruht darin, daß sie Denkmäler der Geschichte und künstlerischen Kultur des Volkes sind. Mit der Ausbreitung dieser Erkenntnis wird auch der Schutz durch das Volksempfinden wieder eintreten.

Die Wandlung vom Symbol der Monarchie zum nationalen Kunstdenkmal wird allerdings langsam vor sich gehen. Aber sie läßt sich vielleicht befördern. Im allgemeinen schon dadurch, daß die Angelegenheiten der Schlösser, wie z. B. die Verwertung oder Erhaltung der Räume und des Inventars, nicht in unsachlicher Weise unter parteipolitischen Gesichtspunkten betrachtet und zur Agitation für oder gegen die Monarchie ausgebeutet werden.

Von besonderer Wichtigkeit aber wird es sein, daß von den Schlössern möglichst alles Militärische entfernt bleibt. Monarchie und Militärmacht erscheinen nun einmal in den Augen des Volkes vielfach als identisch; die königlichen Schlösser würden für einen Teil des Volkes ihren Charakter als Herde monarchistischer Reaktion nicht verlieren, und sie würden im Gegenteil als militärische Stützpunkte ganz besonders gefährdet sein, wenn sie — und sei es auch nur in Zeiten besonderer Gefahr — militärische Befehlsstellen oder überhaupt Truppen beherbergten. Die Kathedrale von Reims und die Hallen von Ypern erschienen als militärische Stützpunkte, und nur aus diesem Grunde wurden sie beschossen und zerstört.

Das Kriegsleistungsgesetz und ebenso noch das Wohnungsgesetz von 28. März 1918 nehmen die landesherrlichen Schlösser ausdrücklich von den Zwangsleistungen aus. Diese Bestimmungen müssen demnächst aufgehoben werden; es wäre sicherlich ein Akt der Kultur, wenn man nunmehr statt um die Symbole der Monarchie um die hervorragenden Stätten der Kunst ebenso wie um die Parlamentsgebäude einen „befriedeten Bannkreis" legen würde.

Die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs.

Berlin, 7. März. Die deutschnationale Presse begeistert sich heute in langen Leitartikeln für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs. Inhalt und Beweisführung lassen erkennen, daß eine Zentralstelle dabei geistig befruchtend gewirkt hat. Uebereinstimmend wird hervorgehoben, Hindenburg sei der Retter, er genießen das Vertrauen aller Volksteile und verkörpere in seiner Person das nationale Programm, das wir zu unserer Wiedergesundung gebrauchten. Um Hindenburg als besonders zu empfehlen, geht es dabei nicht ohne spöttische und herabsetzende Bemerkungen gegenüber den gegenwärtigen Reichspräsidenten Ebert ab. Eine einigermaßen eigene Note weist nur die „Deutsche Tageszeitung" auf, die sich bemüht, den Widerstand in den eigenen Reihen dadurch zu beseitigen, daß sie Hindenburgs konservative Anschauungen hervorhebt, während die übrigen deutschnationalen Blätter mit Rücksicht auf das Stimmenwerben Hindenburg als völlig unpolitisch und unparteiisch erscheinen lassen. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt, nachdem auch sie, der gemeinsamen Parole folgend, zunächst gesagt hat, Hindenburgs Kandidatur weise vor allen anderen den unschätzbaren Vorteil auf, daß sie keine Parteikandidatur sei:

„Gewiß hat auch Hindenburg eine sehr bestimmte politische Auffassung. Bekanntlich trat er seinerzeit der konservativen Partei bei und ist seinen politischen Grundanschauungen treu geblieben. Was ihn zur konservativen Partei zog, waren aber wohl in erster Linie die großen Grundsätze konservativer Weltanschauung und Staatsauffassung: Christentum, Vaterland, Monarchie, das Eintreten für einen starken Staat und eine starke Wehrmacht, für Autorität und Ordnung, Zucht und Pflichtgefühl. Gedanken also, die zwar in der konservativen Partei ihren einheitlichsten und stärksten Ausdruck fanden, aber doch schließlich nicht auf den konservativen Anschauungskreis beschränkt sind und darum auch nicht eine parteipolitische Abstempelung im engeren Sinne der Tagespolitik darstellen."

An einer anderen Stelle sucht die „Deutsche Tageszeitung" die Bedenken zu zerstreuen, daß Hindenburg als Monarchist sich bereit finden wolle, als Präsident für die deutsche Republik zu kandidieren. Es kommen ihr dann auch außenpolitische Bedenken, wenn sie schreibt:

„Es wäre sicher kein arger Einwand, wenn man eine Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentschaft etwa als monarchistische Kandidatur hinstelle und womöglich an die Präsidentschaft des Marschalls Mac Mahon erinnern wolle. Hier liegen vielmehr die Dinge in gewisser Weise direkt umgekehrt. Wir möchten als sicher annehmen, daß seine monarchistische Ueberzeugung das schwerste Bedenken für den Feldmarschall abgegeben hat, sich mit dem Gedanken dieser Kandidatur grundsätzlich zu befreunden. Was es gerade unter diesem Gesichtspunkt für Hindenburg persönlich bedeutet, wenn er sich der deutschen Republik für diesen Posten nochmals zur Verfügung stellt, das wird jeder verstehen, der weiß, in welchem Maße die Treue der Grundzug seines persönlichen Wesens ist. Es läßt sich recht gut denken, daß es Monarchisten in Deutschland gibt, die bisher an eine Präsidentschaftskandidatur dachten, welche eine direkte Demonstration gegen die republikanische Staatsform in sich schlösse. Wir nehmen ohne weiteres an, daß dieser an sich begreifliche Gedanke mit einer Kandidatur Hindenburgs erledigt wäre."

Sehr beachtenswert sind Mitteilungen der demokratischen „Morgenpost" über die Entstehung der Kandidatur Hindenburgs. Das Blatt schreibt darüber:

„Der Aufruf für eine Präsidentschaftkandidatur Hindenburgs verdankt seine Entstehung einem Beschluß der Parteileitungen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei. Beide Parteien haben sich dahin verständigt, in der Oeffentlichkeit den Eindruck hervorzurufen, als ob es sich bei der Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs um eine unpolitische Kandidatur handle. Man geht davon aus, daß eine nur von politisch rechtsstehender Seite empfohlene Kandidatur nicht die Volkstümlichkeit haben würde, wie eine Kandidatur, die von unpolitischer Seite angeregt wird. Am Donnerstag bereits wird ein Aufruf veröffentlicht werden der von mehreren hundert Männern und Frauen aus allen Teilen des Reiches und aus allen Berufsständen und Bevölkerungsschichten unterschrieben ist, und der zur Wahl Hindenburgs auffordern wird. Auf Grund dieses Aufrufs wird man dann an Hindenburg herantreten und ihn zur Annahme der Kandidatur auffordern. In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein längst verabredetes Vorgehen. Hindenburg, an den sich die beiden erwähnten Parteileitungen vor längerer Zeit gewendet hatten, hat die Uebernahme der Kandidatur schon zugesagt. Wie wir hören, ist die Aufstellung Hindenburgs als Kandidat im Kreise der beiden Parteileitungen nicht ohne Widerspruch erfolgt. Es wurde einmal auf das hohe Alter Hindenburgs verwiesen und sodann auf die in einem Wahlkampf untrennbar verbundenen Angriffe auch gegen die Person Hindenburgs. Diese Einwände wurden aber nicht für durchschlagend gehalten. Man hofft, vielmehr, daß Hindenburgs Volkstümlichkeit so groß sein werde, daß er auch über die Reihen der Rechtsparteien hinaus Stimmen erhalten werde. Für die Kandidatur Hindenburgs will auch der Reichsbürgerrat demnächst in einem Aufruf eintreten. Das Zusammentreffen der Veröffentlichung des Telegramms des Reichsbürgerrats über die Präsidentschaftswahl mit der Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs ist kein zufälliges."

Die „Morgenpost" hebt dann mit Recht hervor, daß man es schon jetzt als mißlungen bezeichnen müsse, Hindenburg als unparteiischen und unpolitischen Kandidaten dem deutschen Volke anzupreisen.

Die „Vossische Zeitung" erhebt starke Bedenken gegen den Aufruf, der Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten empfiehlt. Wenn auch nach dem Plane der Urheber Hindenburg als unpolitischer Kandidat als Vertrauensmann des deutschen Volks hingestellt werden solle, so dürfe man doch nicht vergessen, daß sich bei einer so ausgesprochenen Wahl ein Burgfriede nicht herstellen lasse. Unter diesen Umständen entstehe die Gefahr, daß auch Hindenburg, der bisher allen Deutschen ehrwürdig war, in diesen Parteistreit hineingetragen werde. Diese Gefahr sei um so größer, als wenigstens bei einem Teil der Befürworter der Kandidatur Hindenburgs politische Hintergedanken unabstreitbar seien. Bereits vor längerer Zeit hätten sich die Parteileitungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf den Namen Hindenburg geeinigt, obwohl auch in diesen Kreisen darauf hingewiesen worden sei, daß die mit einem Wahlkampf untrennbar verbundenen Angriffe vor der Person Hindenburgs nicht Halt machen würden. Aber diese Bedenken seien nicht ausschlaggebend gewesen. Die „Vossische Zeitung" schreibt ganz mit Recht:

„Wir haben die ernste Sorge, daß dadurch der Streit um die Vergangenheit sich eher noch verschärft und verbittert, wenn sich Hindenburg in die Bresche stellt. Er bringt damit ohne Zweifel ein persönliches Opfer, das wie alles, was er tut, Respekt verdient. Die es ihm auferlegen wollen, sollen aber bedenken, daß ein Mann, der so viel für ein Volk getan hat, das Recht hätte, von neuen Lasten und Verantwortung befreit zu bleiben."

Der „Vorwärts" meint, daß es sich bei der Kandidatur Hindenburgs zur Präsidentschaft nur um ein deutschnationales Manöver handle. Eine deutschnationale Parteikandidat